

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 9,10 Mk. für den Monat. Politischkonto: Nr. 23.885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechnr.-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Donnerstag, 10. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Verleumdungs- und Verleumdungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 3,- Mk.

Gegen den neuen Burgfrieden.

Aus der größten Großstadt wie aus den Dörfern hagelt es jetzt „Protestkundgebungen“. Landes-, Stadt- und Gemeindepardamente, Bürgerräte, Unternehmerorganisationen, die Zirkel der Gewerkschaftsführer usw. füllen mit ihren Kundgebungen „gegen das unmenschliche Pariser Diktat“ die Spalten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Diese papiernen Proteste können uns wenig imponieren und wir würden nicht zu ihnen Stellung nehmen, wenn man nicht versuchte, in sie die Arbeiterchaft hineinzuziehen, um diese zum Burgfrieden mit dem Unternehmertum, mit der kapitalistischen Klassenherrschaft zu verleiten.

Dagegen muß in öffentlichen, in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen Stellung genommen werden. Der nationalen Einheitsfront aller Kapitaldiener müssen die Arbeitermassen die internationale Einheitsfront der proletarischen Klasse entgegensetzen. Statt sich wie die S.P.D.-Führer in den Gewerkschaften und sonstwo an die Regierungen Deutschlands und die Entente zu wenden, muß die deutsche Arbeiterchaft sich selbst und das Proletariat der Ententeländer zum Kampf gegen das Weltkapital, gegen die Weltgegenrevolution im engsten Bündnis mit Rußland aufrufen. Dabei muß das deutsche Proletariat durch die schnellste Formierung einer großen Kampffront gegen das deutsche Unternehmertum und seine Stinnesregierung, gegen die Gegenrevolution in Deutschland den ersten, das Proletariat der ganzen Welt anfeuernden und ihm Vertrauen abzwingenden Schritt tun. Den kapitaldienerischen Gewerkschaftsführern muß überall das Mißtrauen ausgesprochen werden.

Genossen, auf! Steht auch an diesem Teil der Front der proletarischen Revolution euren Mann, schlägt fest und sicher treffend drein. Trennt die Arbeitermassen von den in der burgfriedlichen nationalen Einheitsfront aller Kapitaldiener stehenden S.P.D.- und U.S.P.-Führer in den Gewerkschaften und Betrieben.

Der Burgfrieden in Neuauflage.

W.B. meldet:

„Der Reichsminister des Äußern nahm gestern Gelegenheit, sich im Herrenhaus mit etwa 200 Vertretern der deutschen Gewerkschaften über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage auszusprechen. Der Minister beantwortete im Laufe der Aussprache eine Reihe von Fragen, die ihm aus der Versammlung vorgelegt wurden. Auch hier ergab sich vollkommene Uebereinstimmung der Vertreter d. r. Gewerkschaften mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt.“

Es wurde festgestellt, daß an der Besprechung auch Vertreter des A.D.S.V. teilnahmen. Sie haben ihre „vollkommene Uebereinstimmung mit dem von der Regierung

eingenommenen Standpunkt“ kundgetan. Die sonst sich so sehr gegen Politik in den Gewerkschaften wehrenden Gewerkschaftsführer marschieren in Arm mit der Stinnesregierung vor der Entente auf. Wie am 4. August 1914 formieren sie mit der kapitalistischen Regierung und dem Unternehmertum die nationale Einheitsfront.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft muß gegen diese neue politisch und wirtschaftlich burgfriedliche Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaftsführer mit der Bourgeoise Sturm laufen, wenn sie nicht wieder eines Tages vor einer Katastrophe wie am 4. August stehen will. Sie muß in Betriebs- und Gewerkschafts-Versammlungen zu der gefährvollen außenpolitischen Lage Stellung nehmen und in Beschlüssen den verräterischen Gewerkschaftsführern in den Orts- oder Hauptvorständen ein Mißtrauensvotum übermitteln. Sie muß gleichzeitig im Gegensatz zu den rechtssozialistischen Gewerkschaftsführern ihren Willen zum Kampf gegen die Weltkonterrevolution, für die Herrschaft des Proletariats im engsten Bündnis mit Rußland kundtun.

In den Klauen der Orgeßch.

Wie der „Schlesischen Zeitung“ aus Berlin berichtet wird, ist in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts eine Beschlusfassung über die in London einzunehmende Haltung Deutschlands nicht erfolgt, da zunächst die Stellungnahme der bayerischen Regierung abgewartet werden soll.

Das von uns Vorausgesagte ist schneller und krasser eingetreten als wir glaubten. Man wird nun in der Form wahrscheinlich ein Kompromiß abschließen, in der praktischen Stellung zur Entwaffnungsfrage aber wird die Stinnesregierung in Berlin den Wünschen der Münchener Escherich-Regierung willfahren.

Der Gang nach Canossa angemeldet.

In München hat der Ministerrat inzwischen zunächst die Haltung des Ministerpräsidenten von Raab in Berlin gutgeheißen und dann eine Brücke nach Berlin geschlagen durch die Formel, „auf der einheitlichen Behandlung des durch die Pariser Beschlüsse gegebenen Fragenkomplexes zu beharren und abzuwarten, welche Entscheidungen man in London in der Reparationsfrage und Entwaffnungsfrage treffen wird. Erst dann sei in der Wehrfrage das letzte Wort zu sprechen.“

Die Stinnesregierung kann also jetzt ohne Bruch mit München nach London gehen, jedoch jetzt in den Klauen des Orgeßchönigs Raab. Sie hat nun dementsprechend beschlossen:

Berlin, 8. Februar. Das Auswärtige Amt hat der hiesigen französischen Botschaft mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die Einladung für die Londoner Konferenz unter der ausdrücklichen Voraussetzung annimmt, daß auch die deutschen Gegenvorschläge auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden.

Lohnbewegung der Berliner Gemeindearbeiter.

Vor dem Streik.

Berlin, 8. Februar. Die Arbeiter der Stadt Berlin haben jetzt mit der Tarifkommission der städtischen Verwaltung vereinbart, daß ihnen rückwirkend bis zum 1. November eine Erhöhung der jetzigen Bezüge um 15 Prozent bewilligt wird, ferner soll vom 1. Februar ab der Stundenlohn um 10 Pfennige erhöht werden. Da der Magistrat dieser Forderung bisher nicht zugestimmt hat, so haben die Funktionäre der Arbeiterchaft beschlossen, eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses herbeizuführen. Indessen ist von den Funktionären schon jetzt erklärt worden, daß im Falle einer Herabsetzung der Forderungen durch den Schlichtungsausschuß der Generalstreik proklamiert werden würde. Der Schlichtungsausschuß wird morgen zu dem Streit zwischen Magistrat und Arbeiterchaft Stellung nehmen. Falls keine Einigung zustande kommt, werden die Arbeiter möglicherweise schon am Donnerstag in den Streik eintreten.

Wohnungsnot und Mietshöhe.

Seit dem Rapp-Putsch machen auch die Hausagrarier einen Sturmangriff nach dem anderen auf die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen. Wie die Junker mit den Lebensmitteln, die Industriellen mit den Industrieprodukten wollen sie mit den Wohnungen hemmungslos, die Not des Volkes auszunutzen, bei hohen Preisen große Profite machen. Der Weltmarktpreis für neu hergestellte Wohnungen ist das Ziel, das sich die Hausagrarier als Höhe der Mieten für die alten Wohnungen gesetzt haben.

Das haben sie zwar bei der Stinnesregierung noch nicht ganz durchsetzen können. Aber erreicht haben die Hausagrarier bereits die Durchlöcherung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen 1. durch den Entwurf eines Reichsmietengesetzes, das jetzt dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat vorliegt, und 2. durch den von den bürgerlichen Reichstagsparteien einschließlich Rechtssozialisten beschlossenen Entwurf eines Mietssteuergesetzes.

Das Reichsmietengesetz bohrt in die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen zwei Löcher, durch die sie sich vor Bestimmungen der Höchstmietensordnung brücken können. Das eine Loch ist die Bestimmung, daß eine Steigerung der Miete „insofern erfolgen kann, als sie durch erhöhte Betriebs- oder Instandhaltungskosten notwendig geworden ist.“ Der Hausbesitzer kann eine Erhöhung der Mieten dann „vom nächstzulässigen Kündigungsstermin ab, unter Umständen auch schon früher“ erzwingen, heißt es in der amtlichen Kundgebung über das Reichsmietengesetz. Die Landes- und Gemeindebehörden, deren Hausagrarierfreundlichkeit meistens groß ist, haben als höchste Instanz über die Grenzen der Mietererhöhungen zu bestimmen. Damit ist der Erhöhung der Mieten Tür und Tor geöffnet.

Das andere Loch in die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen ist die Bestimmung, nach der Neubauten nicht mehr den Vorschriften der Höchstmietensverordnung und dem Reichsmietengesetz unterliegen. Die Höhe der Wohnungsmieten in Neubauten wird auch durch diese schwachen Schranken nicht mehr beschränkt. Damit ist die Bemessung aller Wohnungsmieten nach den Kosten des Neubaus von Wohnungen als Prinzip anerkannt. Ist das erst einmal in Kraft, dann ist es den Hausagrarier ein leichtes, nachzuweisen, daß zur Förderung des Wohnungsbauwes eine allgemeine Erhöhung der Mieten auf die Höhe der Neubaulosten notwendig sei.

Dazu nun noch das Mietssteuergesetz, das als Initiativantrag von den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten im Reichstag eingebracht und angenommen wurde. Die Steuer wird natürlich auf die Schultern der kleinen Mieter fallen. Sie soll angeblich zur Förderung des Wohnungsbauwes durch den Staat dienen.

Ganz abgesehen davon, daß die Erfahrung gelehrt hat, daß alle für soziale Zwecke bewilligten Gelder den Inhabern von Kreditsanleihen zufließen, bedeutet das auch eine Festlegung darauf, daß der Neubau von Wohnungen auf Kosten der arbeitenden Massen geschehen soll, während die Hausagrarier die Mieter bewuchern und ungeheure Profite einstecken werden. Arbeiter, merkt euch diese Schandtat der Rechtssozialisten bei der Wahl.

Der Ring zu dieser Schröpfung der Mieter wird geschlossen durch Vorschriften über die Tätigkeit von Mietervertretern (Mieteräten). Ueber den Inhalt dieser Vorschriften besteht noch Dunkel, aber sie würden dem ganzen Geiste des Gesetzentwurfes widersprechen, wenn sie nicht dazu bestimmt wären, die Mieteräten entsprechend den Interessen der Hausagrarier zu fesseln.

Dieser Feldzug der Stinnesregierung, der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten zu Gunsten des Wohnungswuchers muß einen Sturm in den dabei leidtragenden arbeitenden Massen auslösen. Sie können sich dabei auf die restlose Unterstützung durch die S.P.D. verlassen. Ueber die Mittel und Wege des Kampfes werden wir in einem weiteren Aufsatz schreiben.

Ausland.

Ein wertvolles Zeugnis.

(D.A.) Budapest, 3. Februar. Wie die hiesige rumänische Botschaft amtlich erklärt, hat der rumänische Kriegsminister sich an der bessarabischen Grenze persönlich davon überzeugt, daß die bolschewistischen Truppen nur zu einer Reorganisation und wegen einer besseren Nahrungsmittelversorgung in Bessarabien konzentriert worden sind.

Die Einheitsfront formiert sich.

Aus Landeshut in Schlesia wird uns gemeldet:

Eine am Sonntag, den 6. d. Mis., hier stattgefunden sehr gut besuchte Bergarbeiterversammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der die Gewerkschaftsführer aufgefordert werden, auf Grund des „Offenen Briefes“ der S.P.D. die Proletariereinheitsfront zur sofortigen Aktion herzustellen.

Eine überfüllte öffentliche Volksversammlung in Peilau erklärte sich für den „Offenen Brief“ und ist gewillt, in seinem Sinne unter der Arbeiterchaft Peilaus zu wirken.

Zu einer machtvollen Kundgebung für die proletarische Einheitsfront gestaltete sich die am 6. Februar tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen, die folgende Entscheidung annahm:

„Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Bezirk Essen, erblickt in dem „Offenen Brief“ der Zentralleitung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands die geeignete Grundlage, die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen. Die Generalversammlung fordert den Hauptvorstand auf, unverzüglich von dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund zu verlangen, auf der Grundlage des „Offenen Briefes“ eine gemeinsame Kampffront des Proletariats zu schaffen.“

1921 FEBRUAR 9-221

m. 1/20

Die Auffassung Sowjet-Russlands über die Bedingungen Frankreichs an Deutschland.

Moskau (via Stockholm), 7. Februar. „Kosla Wien.“ Die Bedingungen der Pariser Konferenz für die Wiedergutmachung Deutschlands erregen hier allgemeines Aufsehen. Unter Würdigung des Umstandes, daß die Bedingungen ein Sieg sogenannter Mäßigkeitsparteien Lloyd Georges gegenüber dem extremen Standpunkte Brlands darstellen, hält man die tatsächliche Ausführung der Bedingungen für unmöglich. In gleichzeitiger Forderung großer Kriegsabgaben und 12% prozentiger Ausfuhrprämie liegt ein Widerspruch, die nach hiesiger Ansicht die praktischen Folgen in kurzem zeigen müssen. Maßgebende Kreise sehen in der ganzen Vereinbarung ein Spiel mit Zahlen, das an den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen Europas und der Welt kläglich Schiffbruch leiden muß.

Munition nach Polen.

Prag, 4. Februar. (Kosla Wien.) Laut „Nide Bravo“ haben zwei Munitionszüge in der Richtung gegen die polnisch-Östliche Grenze die Station Loipnitz passiert. Die Transporte kamen von Frankreich und wurden von 15 russischen Offizieren begleitet; die Munition ist für Salachowitsch oder Petljura bestimmt.

Politische Uebersicht.

Das Reichswehrgesetz.

In einem Ausschusse des Reichstags wird gegenwärtig ein neues Militärgesetz beraten.

Deutlich zeigt sich in der Vorlage das Bestreben, die Reichswehr zu einem Instrument zu machen, das sich ohne Zuden der reaktionären Wünsche der Bourgeoisie gefügig zeigt: zu einem Instrument, das ohne irgend welche Befürchtungen gegen die Arbeiterklasse angewendet werden kann. Vor allem wird in der Behrvorlage gefordert, daß sämtliche politische Betätigung aus dem Heere verschwindet. Darunter versteht man vor allem: die Angehörigkeit der Soldaten zum „Reichswirtschaftsverband der Berufssoldaten“, einer Organisation, die die wirtschaftlichen Interessen der Reichswehrsoldaten wahrzunehmen bestrebt ist, und die außerdem das Verbrechen begangen hat, beim Kapp-Putsch sich nicht auf die Seite der Kapp-Rebellen, sondern auf die Seite der bürgerlichen Republik zu stellen. Die Verbandszeitung ist bereits seit einiger Zeit verboten worden. Bisher hat man aber noch nichts gehört von einem Verbot der entsprechenden Zeitung des Offiziersbundes, die in einer ihrer letzten Nummern wörtlich schrieb: „Der Deutsche Offiziersbund gedenkt heute in tiefer Ergebenheit Sr. Majestät des deutschen Kaisers.“ Es ist weiterhin kaum anzunehmen, daß die Soldatenzeitungen verboten werden, in denen bisher die ärgste nationalistische Verhetzung betrieben wurde. So weit hat sich bereits die Reaktion den Zuständen vor dem 9. November angenähert, daß man schon die alten Abzeichen und die alten Rangabzeichen wieder einzuführen beabsichtigt.

Besondere Beachtung verdient aber eine Einrichtung, die gegen den ersten Entwurf der Behrvorlage neu geschaffen ist, und deren deutlicher Zweck es ist, das Heer vollkommen jeder Kontrolle zu entziehen und ganz und gar in den rassen Dienst der Reaktion zu stellen. Es sollen nämlich in den Ländern „Landeskommandanten“ bestellt werden, die innerhalb ihres Dienstbereiches „die Landesinteressen und die landesmannschaftliche Eigenart“ zu berücksichtigen haben. Und das Schönste ist, daß der Landeskommandant in Bayern zugleich Befehlshaber des bayerischen Verbandes ist. In der Befehls der deutschen Konterrevolution, im Forth-Bayern, wird damit die Reichswehr mehr oder weniger dem Einfluß des Reiches entzogen und kann vollkommen für jeden reaktionären Zweck verwendet werden. Aus dieser Anordnung schon geht ganz deutlich hervor, daß es die Absicht der Konterrevolution ist, die Reichswehr in eine sichere Stütze ihrer monarchistischen Behauptungen zu verwandeln. Das einzige Hindernis, das ihr auf diesem Wege noch entgegensteht, die proletarische Schichtung der Reichswehr, versuchen sie auf eine bekannte preussische Methode unwirksam zu machen. Zu der neuen Behrvorlage gehört auch eine Disziplinarrordnung. Und dieses Instrument unterscheidet sich in nichts von jenen Kadaver-Drill-Erlassen, mit denen man in der wilhelminischen Armee versuchte, das Klassenbewußtsein der Proletarier in eine Paraphrasierung für Böhlen und „sein“ Reich umzuformen. Der Gedächtnisstrom-Vertrag ist weiter nichts als ein Versuch, mit den alten Methoden jene alten Zeiten wieder hervorzuzaubern, da es noch für alle Soldaten heißt: „Knocken zusammen! Maul halten!“

S.P.D. und U.S.P.-Führer haben im Plenum des Reichstages angekündigt, daß sie im Anschluß anträge zur Verbesserung des Gesetzes einbringen würden. Der Herr Ausschuss aus den Bestimmungen des Reichswehrgesetzes ist, glauben wir, geeignet, jedem denkenden Arbeiter zu sagen, daß mit Änderungsanträgen im Parlament diese Position der Gegenrevolution nicht beseitigt werden kann. Die Antwort muß die Interessen des Proletariats vertretende Abgeordnete im Parlament sein nur ein lauter, weitaus hörbarer Ruf zum Kampf gegen die Konterrevolution sein.

Der Bestimmungen des Gesetzes haben auch selbst unter Mannschaften der Reichswehr lebhaftest Zustimmung hervorgerufen. Diese gilt es zu fordern, um Beweiszwecke der Generäle, die sie manchmal aus Jadedesinteresse, ohne es selbst zu wissen, spielen. Dpa. Kuchta auf die dann verbundenen Gesetzen muß das Klassenbewußtsein Proletariats durch Agitation in den Reichswehrsoldaten das Gefühl der Solidarität mit den Arbeitern in den Betrieben und auf den Straßen werden.

Die allmächtige Orgech in Ostpreußen.

In Stallupönen blieben in der Nacht vom 28. zum 29. Januar zwei Lastautomobile im Schnee stecken. Die Desorientierung wurde dadurch auf die Automobile aufmerksam, so daß die Sipo nicht umhin konnte, eine Untersuchung vorzunehmen. Dabei ergab sich, daß die Autos mit Maschinen-gewehren und Munition beladen waren. Der Transport, von dem die amtlichen Stellen nichts wußten, war für ein größeres Gut bestimmt.

Hier hat Herr Severing einmal einen ganz konkreten Fall, mit dem er sich beschäftigen kann, wenn es ihm wirklich um ein ernstliches Vorgehen gegen die Orgech zu tun ist. Tatsächlich kümmern sich dagegen seine Organe auch in Ostpreußen nicht im geringsten um die Orgech, sondern lassen sich mit rechtssozialistischer Unterstützung lediglich auf die Kommunistenverfolgung. So sind in den letzten Tagen in Deutsch-Eylau zwei Kommunisten, die Genossen Fiedler und Panno, verhaftet worden, nicht etwa, weil sie auf Lastautos Maschinengewehre und Munition für die rote Armee herbeigeschafft, sondern weil sie angeblich gegen den Widerspruch des rechtssozialistischen Parteisekretärs Wieland am 26. Januar in den Gewerkschaftssaal eingedrungen seien und gegen ihre Entfernung tätlichen Widerstand geleistet hätten. Selbst wenn es so gewesen wäre, was bedeutet diese Kleinigkeit gegenüber dem Waffentransport der Orgech? In Wirklichkeit verhielt sich die Sache aber so, daß die S.P.D. in demselben Raum von 6 Uhr ab eine interne Versammlung abhielt und um 7³⁰ Uhr von dem rechtssozialistischen Parteisekretär Wieland aufgefordert wurde, das Lokal zu räumen. Als Wielands Verlangen ruhig aber bestimmt zurückgewiesen wurde, ließ er das Gas ausdrehen, worauf unsere Genossen dafür sorgten, daß es wieder angesteckt wurde.

Wegen dieser kaum erwähnenswerten Nebenfälligkeit alarmierte Severings Parteigenosse die Sipo und ließ die beiden erwählten Genossen als Hausfriedensbrecher ver-

2 öffentliche Volksversammlungen

am Freitag, den 11. Februar, abends 7 Uhr, im Kronprinz, Westendstr. 50/52 und Bräuers Festsaal, Gabisstraße 20. Thema: „Die politische Lage und die Bedeutung der Wahlen“. Referent: Genosse Hedert-Berlin und Genosse Eberlein-Berlin.

hasten. Dazu also benutzen Severings Leute die Sipo, während die Orgech mit Waffentransporten per Auto das Land durchläuft.

In Palmnicken feierte die Sipo ganz ungeniert mit Bier, Schnaps und „Heil dir im Siegerkranz“ am 27. Januar den Geburtstag ihres „allergnädigsten Landesherrn“. Als die Stimmung ihren Höhepunkt erreicht hatte, drangen die Herren „Sicherheits“polizisten in die in dem gleichen Hause stattfindende Metallarbeiterversammlung und rempelten die Besucher an. Von der Einleitung eines Hausfriedensbruchprozesses hat man natürlich nichts gehört. So führt Herr Severing den Kampf gegen die Orgech.

Bayern der „Ordnungsstaat“.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus München:

„Das von der Regierung sehr elaktem Festhaltensverbot hat keinesfalls den beabsichtigten Eindruck nationaler Würde erzielt, sondern ganz im Gegenteil zu jetzigen anarischen Zuständen geführt, die sich im „Schwunzstaat Bayern“ besonders grotesk äußern. Als alle Eingaben an den Ministerpräsidenten ergebnislos blieben, erklärten die Brite, Sozialisten und das Personal einfach, daß sie sich an das Recht nicht halten würden und so kommt es, daß der Münchener Fasching toller als je zuvor weiter geht und auch die Polizeibehörde unbewacht bleibt. Dagegen protestieren nun wieder Nationalsozialisten und Deutschnationalen durch Unruhe und gewalttätige Störungen. Am Samstag kam es im Schauspielhaus bei der Aufführung von Schillers „Räuber“ zu Störungen. Nach dem dritten Akte erhob sich eine Dame zu lautem Schreien, worauf ein Schläger mit Stockschlägen eintrat. Die Vorstellung mußte abgebrochen werden, worauf ein Schutzmanschengebot das Theater räumte. Die Polizeibehörde München hat darauf heute in einer Verfügung die weitere Aufführung des „Räuber“ wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe verboten. Eine andere Demonstrationengruppe suchte nachts den Bal park im Deutschen Theater zu sprengen, wobei es im Saalbereich zwischen deutsch-nationalen Einheiten und dem Personal zu einer Schlägerei kam; Polizeiwache mußte einschreiten. Es gab mehrere Verletzte.“

Das ist die andere Seite der Ordnungszelle Bayern. Die „Ordnung“, der Belagerungszustand richtet sich als terroristische Unterdrückung nur gegen die Arbeiter. Und wenn bürgerliche Zeitungen grüßend behaupten, daß Bayern ein Vorbild für den „zukünftigen gewordenen“ Norden sei, so zeigen die gemeldeten Tatsachen, daß das zum Scheitern verurteilte Bürgerium auch in Bayern seine Organe feiert.

Es ist eine im Kleinbürgertum und Kleinbeamtentum weitverbreitete Illusion, daß eine „Ordnung“ des weißen Terror (man nennt es der „starken Hand“) wie in Bayern, den auf allen Gebieten sich entwickelnden Verfall der bürgerlichen Gesellschaft aufhalten kann. Die Zustände in München ist ein Beispiel dafür, daß das eine Täuschung ist. Die Kleinbürgerlichen Schichten haben schon heute viele Anlässe zur Erklärung der Erkenntnis, daß nur unter der Herrschaft der arbeitenden Klasse auf einen Wiederaufbau der Wirtschaft und eine Gesundung der Gesellschaft zu rechnen ist.

Das neue Kirchenaustrittsgesetz.

Das neue Kirchenaustrittsgesetz ist am 2. Februar in Kraft getreten. Es ist das Gesetz über den erleichterten Kirchenaustritt vom 2. Februar. Das neue Gesetz bestimmt, daß der Kirchenaustritt bei dem Austritt des Wohnortes dem Gerichtspräsidenten zu Protokoll erklärt werden muß oder sie kann auch in öffentlich beglaubigter Form schriftlich erfolgen.

Eine Vertretung des Austrittenden ist auch mittelst Vollmacht nicht statthaft. Die Austrittserklärung befreit von allen Leistungen der Religionsgemeinschaft, aber es muß bis zum Ende des Steuerjahres noch die Kirchensteuer bezahlt werden. Außerdem tritt die Steuerbefreiung nicht vor dem Ablauf von drei Monaten nach Abgabe der Austrittserklärung ein. Für das Verfahren selbst sind keine Gerichtskosten und zur Beglaubigung der Erklärung und zur Bescheinigung über den Austritt wird keine Stempelgebühr berechnet.

Die Verschlechterungen gegenüber dem alten Kirchenaustrittsgesetz sind leider nicht durch Obstruktion verhindert worden.

Die sozialdemokratische Parlamentshupe.

Der Parlamentarismus ist doch noch entwicklungsfähig. Im sächsischen Parlament ist es dem rechtssozialistischen Präsidenten Fräßdorf gelungen, den kommunistischen Abgeordneten Tzfel durch das Eröffnenlassen der zu solchen Zwecken eingerichteten Heulsirene mundtot zu machen. Gute Vorarbeit für den Ameronger, Herr Fräßdorf! Bald schallt es im Parlament Latü-tata — es ist erreicht.

Agrarische Volksverbrecher.

Der zielbewußte Ausbürgerungskrieg, den die deutschen Großagrarier zum Zwecke der Beseitigung der Zwangswirtschaft und zur Erzielung höherer Getreidepreise gegen die arbeitenden Massen Deutschlands führen, kommt trefflich zum Ausdruck in den amtlichen Ziffern über die Sabotage der Brotgetreideablieferung im anhaltischen Kreise Zerbst. Ueber 120 000 Zentner Brotgetreide, das sind über 70 Prozent des Ablieferungsfolls, wurden von den Produzenten zurückgehalten. Von entschuldigungsloser Enteignung und Zucht-hausstrafen gegen die agrarischen Verbrecher war bisher nichts bekannt.

Das Existenzminimum für Januar.

Nach den eben veröffentlichten Berechnungen von Dr. Kuchta waren im Januar die Kosten des Existenzminimums etwas niedriger als im Vormonat, aber höher als von August bis November 1920. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich für Groß-Berlin für den Mann 155 M., für ein Ehepaar 234 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern 323 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 8100 M., für das kinderlose Ehepaar 12 200 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 850 M.

Aus Sowjet-Rußland.

Ein wichtiger Fortschritt in der sozialen Fürsorge. Das Dekret des Rates der Volkskommissare befreit alle Arbeitenden von Zahlung für Wohnung, Wasserleitung, Elektrizität, Kanalisation und Bad. Gleiches gilt für Kriegsinvaliden, für Eltern von Rotarmisten und Matrosen und Personen, welche vom Volkskommissariat für Volksgesundheit Unterstützung genießen.

Der Rat der Volkskommissare hat mit Dekret die Einrichtung von Freirestaurants an allen wichtigen Eisenbahnknotenpunkten angeordnet.

Entdeckung neuer reicher Kohlenlager. Bei Senkran in der Nähe von Waku sind neue reiche Kohlenlager entdeckt worden. Eine Kommission von Spezialisten ist an Ort und Stelle abgereist, um eine genaue Untersuchung der Kohlenlager vorzunehmen.

Die Bedeutung der planmäßigen Elektrifizierung Sowjetrußlands. Ein Bericht des Zentralkomitees des Metallarbeiterverbandes stellt fest, daß in früheren Zeiten die Elektrifizierung sehr vernachlässigt wurde und gänzlich dem ausländischen Unternehmertum überlassen blieb. Im Laufe des vergangenen Jahres sind die nun nationalisierten Unternehmungen der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und Wichtigkeit geworden. Sie werden nach Maßgabe der vorhandenen Materialien und des Personals und mit Beobachtung größter Wirtschaftlichkeit den raschesten Aufschwung nehmen. Die großen Unternehmungen haben Bedürfnisse zur Ausbildung qualifizierter Arbeiter eingerichtet. Erwünscht sind auch Spezialisten aus dem Ausland.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Sowjetrußland. Die große Bedeutung der Entwicklung und Verbreitung der Ausaatkampagne führte zahlreiche Aiteorganisationen zur Bildung von Spezialkursen, welche Spezialisten und Instruktoren für die Leitung dieser Kampagne heranzubilden sollen. Das Saratower Gouvernement, das für die Landwirtschaft eines der wichtigsten ist, hat in dieser Sache ein ausschlaggebendes Beispiel gegeben. Hier ist in Saratow ein Provinzialkongreß eröffnet worden, der die Ausaatkampagne vorbereiten soll. Mehr als 300 Delegierte nehmen an dem Kongresse teil. Dem Provinzialkongreß werden Kongresse in den Bezirken folgen. Schon sind in vielen Städten verschiedene Bezirke der Provinz Ausbildungskurse für die Instruktoren der Kampagne organisiert worden.

Gewerkschaftliches.

Die Bauarbeiterkonferenz in Halle.

Am Sonntag, den 30. Januar, fand in Halle eine Konferenz der oppositionellen Bauarbeiter statt.

Die Konferenz war äußerst beschäftigt. Alle Drohungen, die delegierten Zweigvereine aus dem Verbande auszuschließen, haben nichts mehr genutzt. Würden es die Bauarbeiter-bürokraten dennoch tun, so würde das nur bedeuten, daß sie sich selbst aus der Gewerkschaft ausschließen würden. Es waren 68 Zweigvereine aus ganz Deutschland vertreten, und aus vielen Orten kamen verschiedene Verbände.

Außer den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes waren auch die übrigen Verbände des Baugewerbes vertreten. Delegierte hatten entsandt die Dachdecker, Ofenbauer, Raker, Stein-

wegen, Steinleber und Zimmerer. Der Schweizerische Bauarbeiterverband hatte drei Delegierte entsandt, ebenso war ein Vertreter des Rates der Gewerkschaften aus Moskau anwesend.

Die Tagesordnung der Konferenz umfaßte: 1. Bericht über die bisherigen Vorgänge im Verband, 2. a) Maßnahmen zur Abwehr der Spaltung, b) Wahl eines Beirats zur Reichsgewerkschaftszentrale, c) Herausgabe eines Blattes, 3. Der Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau, 4. Wahl eines Delegierten.

Bachmann gab einen Überblick über die bisherige Opposition im Bauarbeiterverband, die bald nach Kriegsausbruch entstand. Das Treiben der Baeplow und Winnig wecke in Chemnitz und Bremen die Mitglieder zum Kampfe gegen die Sozialverräter. Die Chemnitz und Bremer Bauarbeiter gaben ein eigenes Blatt heraus. Die Bremer, unter Führung Böhes, denen etwa vor Jahresfrist der Ausschluß angebroht worden war, hielten es jetzt mit Baeplow.

Auf dem letzten Verbandstage waren von nicht ganz 300 Delegierten 95 gegen den Hauptvorstand und seine Politik.

Bachmann schilderte dann die letzten Ereignisse. Er sei nach Rücksprache mit Brandler und Federt nach Hamburg gereist, und habe erklärt, daß er als Person zurücktreten wolle, wenn der Hauptvorstand die Zertrümmerung des Zweigvereins Chemnitz unterlassen wolle. Er, Bachmann, wolle den Ausschuß und den Verbandstag über seinen Ausschluß entscheiden lassen. Der Hauptvorstand beharrt auf der Zertrümmerung des Chemnitzer Zweigvereins und erklärte, die Spaltung müsse jetzt rasch vorgenommen werden. Die Kommunisten wollten sich einen eigenen Verband gründen.

Das zweite Referat hielt Brandler. Auch er wies darauf hin, daß das stärkste Bollwerk der Arbeitsgemeinschaften, die Gewerkschaften, in den Händen der Sozialverräter seien. Wenn man heute zusammengekommen sei, so nicht deshalb, um die Interessen der Maurer oder Fliesenleger oder der Dachbeder zu behandeln, sondern die Frage der ganzen Bauindustrie. Wohin soll es führen, wenn man sich länger gefallen läßt, von der Bourgeoisie getreten zu werden. Wenn z. B. Arbeiter eines Betriebes mit 90% in geheimer Abstimmung sich für einen Streik erklären, dann kommt die Bürokratie den Unternehmern zu Hilfe und erklärt einen solchen Streik als wilden. Schon das zeigt, daß die Gewerkschaften völlig bankrott seien. Jetzt werden die Massen, die 1919 und 1920 Mitglieder der Gewerkschaften geworden seien, unterstützungsberechtigt. Wenn die Arbeitslosigkeit anhält, dann wäre der Bauarbeiterverband nicht mehr in der Lage, die Unterstützungen zu zahlen; er stünde im März vor dem Ruin. Bankrott sei derselbe Bauarbeiterverband, der viel Geld für den Sozialisierungsschwindel verpulvert habe. Die Befürchtung der Bürokratie, die Unterstützung nicht zahlen zu können, sei ein Grund mit, um die Spaltung zu erreichen. Sie hoffen, einen großen Teil der Mitglieder, die jetzt unterstützungsberechtigt werden, abzustößen. Die Bürokratie suche einen Grund, den Bankrott des Bauarbeiterverbandes den Kommunisten in die Schuhe zu schieben.

Es sei für uns ein leichtes, einen neuen Verband zu gründen, aber wir müßten den ganzen Verband haben. Kein Mitglied dürfe jetzt austreten; das sei Fahnenflucht. Würde jemand ausgeschlossen, dann müßten die übrigen erst recht bei der Stange bleiben.

In der Diskussion stimmten alle Vertreter diesen Ausführungen zu. Kein einziger war für den Austritt aus dem Verband. Alle Vertreter waren der Meinung, innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen für die Erhaltung dieser Organisationen zum revolutionären Kampf.

Ueber den Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau sprach der Vertreter aus Moskau.

Es wird ein Delegierter nach Moskau gewählt und beschlossen, daß die Bezirksvereine weitere Delegationen beschließen sollen.

Schließlich wird noch die Sozialisierung des Baugewerbes behandelt und von den Delegierten die falsche Politik des Bauarbeiterverbandes an einigen Beispielen gezeigt.

Unter Abhängen der Internationale ging die von mehr als 200 Delegierten besuchte Konferenz, die höher stand als mancher Verbandstag, auseinander.

„Im Dienste der Parteinteressen“.

Die Grundsätze und Taktik, die für unsere in den Betrieben und Gewerkschaften tätigen Genossen maßgebend sind, hat der Vereinigungsparteitag der R.K.P.D. mit vorbildlicher Klarheit aufgestellt und scharf umrissen. Keine andere Partei kann ein gleiches von sich behaupten. „Vorwärts“ und „Freiheit“ lassen sich freilich dadurch nicht im geringsten bei ihrem Lügenfeldzug gegen die Kommunisten stören. Aberdings bemühen sie die Anweisungen, die der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der R.K.P.D. für unsere Funktionäre herausgab, zu allerhand demagogischen Verdrehungskünsten. Nachdem durch geschickte Zusammenstellung der gewünschte Popanz geschaffen ist, kann z. B. der „Vorwärts“ seinen gläubigen Lesern sagen, da habt ihrs, die Zentrale der R.K.P.D. denkt gar nicht daran, Arbeiterinteressen zu vertreten“, sie will nur Rot und Verzweiflung der Arbeiter für ihre Parteizwecke ausnützen. Unter „Parteizweck“ versteht der „Vorwärts“ — was bei der Naturgeschichte der S.P.D. gar nicht anders sein kann — die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den verschiedensten Körperschaften, und als Erfüllung der letzten Parteizwecke erscheint ihm die Eroberung von Ministerposten. In diesem Zweck hungernde und darbennde Proletariat zu mobilisieren, das allerdings ist ein Mißbrauch von Rot und Verzweiflung.

Unser „Parteizweck“ ist ein anderer. Die R.K.P.D. setzt die Erfüllung ihres Parteizweckes in der Bezeichnung des kapitalistischen Klassenstaates, in der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft. Es ist die Auffassung der R.K.P.D., daß die Arbeiterklasse dieses Ziel nicht durch den Parlamentarismus, nicht durch den Reichstag, nicht durch den Reichswirtschaftsrat, nicht durch die Arbeitsgemeinschaft

mit dem Unternehmertum, nicht durch Sozialisierungsmissionen und auch nicht mit Hilfe des famosen Betriebsrätegesetzes, erreichen kann. Die R.K.P.D. sieht unerschütterlich zu dem für die S.P.D. und für alle Amsterdamer überlebten Satz: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!“ Um die Arbeiterklasse für diesen Kampf reif und fähig zu machen, sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen, verweisen wir täglich und stündlich auf Rot und Glend der proletarischen Massen und sagen ihnen, der Kapitalismus ist die Quelle von all unserem Elend. Ihn müßt ihr rücksichtslos mit vereinter Kraft bekämpfen und besiegen, wenn ihr nicht zugrunde gehen wollt. Da für die R.K.P.D. also die Parteinteressen dasselbe bedeuten, wie Vorwärtstreiben der proletarischen Revolution, hat der „Vorwärts“ recht, wenn er behauptet, wir Kommunisten stellen Rot und Verzweiflung in den Dienst unserer „Parteinteressen“.

Der „Vorwärts“ flunzt aber, wenn er seinen Lesern weismacht, die Kommunisten suchen „mit kalter Gewissenlosigkeit“ den Konflikt mit dem bürgerlichen Gesetz um des Konfliktes willen, ohne jede Rücksicht. Das ist Unsinn. Der klare Sachverhalt ist der, daß für uns Kommunisten die Grenze für das Vorbringen der Arbeiter gegen die Kapitalisten nicht durch die bürgerlichen Gesetze, sondern durch die Summe von Kraft bestimmt ist, die das Proletariat im ganzen oder in einem einzelnen Betrieb aufzubringen hat. Zum Beispiel: Wenn die Kraft der Bergarbeiter ausreicht, oder wenn in einem Betriebe die Dinge so liegen, daß die Arbeiterschaft sich mehr Einfluß sichern kann, als das Betriebsrätegesetz vorschreibt, so werden wir uns nicht im geringsten um das Gesetz kümmern. Wenn das der „Vorwärts“ nicht begreift, so haben Beispiele bewiesen, daß dort, wo die Frage praktisch so gestellt ist, die mehrheitssozialistischen Arbeiter unsere Auffassungen nicht nur begreifen, sondern ihr entsprechend auch handeln.

Der „Vorwärts“ flunzt aber, wenn er seinen Lesern weismacht, die Kommunisten suchen „mit kalter Gewissenlosigkeit“ den Konflikt mit dem bürgerlichen Gesetz um des Konfliktes willen, ohne jede Rücksicht. Das ist Unsinn. Der klare Sachverhalt ist der, daß für uns Kommunisten die Grenze für das Vorbringen der Arbeiter gegen die Kapitalisten nicht durch die bürgerlichen Gesetze, sondern durch die Summe von Kraft bestimmt ist, die das Proletariat im ganzen oder in einem einzelnen Betrieb aufzubringen hat. Zum Beispiel: Wenn die Kraft der Bergarbeiter ausreicht, oder wenn in einem Betriebe die Dinge so liegen, daß die Arbeiterschaft sich mehr Einfluß sichern kann, als das Betriebsrätegesetz vorschreibt, so werden wir uns nicht im geringsten um das Gesetz kümmern. Wenn das der „Vorwärts“ nicht begreift, so haben Beispiele bewiesen, daß dort, wo die Frage praktisch so gestellt ist, die mehrheitssozialistischen Arbeiter unsere Auffassungen nicht nur begreifen, sondern ihr entsprechend auch handeln.

Der letzte Rettungsanker.

Baeplow holt den Schuhmann.

Die Gewerkschaftsbürokratie, gegen die immer größere Massen in Opposition treten, flüchtet sich, wenn alle Stränge reißen, in die Arme der bürgerlichen Gerichte. In Chemnitz hat Herr Baeplow die Bauarbeiter geschlossen gegen sich. Das läßt ihn, wie er selbst gesteht, völlig kalt. Die Gewerkschaftsbürokratie hat der bürgerlichen Gesellschaft schon so viel Unbedienste erwiesen, daß sie nach dem Sprichwort: Eine Hand wäscht die andere, ungeniert die Hilfe der bürgerlichen Gerichte in Anspruch nehmen kann. Die Baeplow und Genossen haben mit freundlicher Unterstützung des unabhängigen Bezirksleiters Jacob einen Gerichtsbeschluß erwirkt, der dem Genossen Bachmann das fernere Betreten der Büroräume des Bauarbeiterverbandes der Filiale Chemnitz verbietet.

Terror der Amsterdamer.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes erläßt nachstehendes Rundschreiben:

Deutscher Eisenbahnerverband. Berlin E. 2, den 3. Februar 21. Neue Friedrichstr. 79, III.

Wertes Kollege!

Der Hauptvorstand nahm in seiner letzten Sitzung am 2. Februar 1921 nochmals Stellung zu dem Verhältnis der 3. Internationale gegenüber unserer Organisation. Er war einstimmig der Auffassung, daß derjenige, der in gewerkschaftlicher Beziehung sich den Weisungen der 3. Internationale unterwirft, nicht zugleich Angestellter einer Organisation, die der 2. Amsterdamer Internationale angegeschlossen ist, sein kann. Deshalb legen wir den Angestellten unseres Verbandes die beiliegende Erklärung zur Unterschrift vor und ersuchen, dieselbe per Einschreibebrief so frühzeitig an uns zurückzusenden, daß sie bis längstens 10. Februar wieder in unserem Besitz ist, damit wir bis 15. Februar den Kollegen die Anstellungsverträge zugehen lassen können.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Erklärung.

Ich, Unterzeichneter, erkläre hiermit, daß ich als Angestellter des Deutschen Eisenbahnerverbandes die Weisungen und Beschlüsse der 3. Internationale, sowie die des Internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände in gewerkschaftlicher Beziehung für nicht bindend anerkenne, sondern mich einzig und allein auf den Boden des am 2. Januar 1921 in Kraft getretenen Statuts des Deutschen Eisenbahnerverbandes stelle und für dessen Einhaltung und Durchführung Sorge trage. Ich erkenne an, daß dem Hauptvorstande die Anwendung seiner gesetzlichen Rechte zusteht, wenn ich mich nicht im Sinne dieser Erklärung in der Organisation betätige.

(Ort u. Datum) (Unterschrift d. Angestellten.)

Wir können nur annehmen, daß den Bürokraten der deutschen Gewerkschaften der „Gottselbeins“ leidenschaftlich ist, sonst wäre es unmöglich, daß diese armen Leute so vollständig um allen Verstand gekommen sind. Der Schreck in ihren Gliedern ist doch wohl der einzige Milderungsgrund für ihr Verhalten. Wenn sich die Scheffler und Konsorten einbilden, mit solch einem Mißbrauch der belgische Vertrag ein „scrap of paper“ (Fetzen Papier) ist, einschüchtern zu können, so bestanden sie sich gewaltig im Irrtum. Das ganze Raat-anstreifen der Bonzen des A.D.G.D. und der Afa ist uns nichts anderes, als Badenbasse legtes Stöckchen. Die deutschen Eisenbahner werden dieser Van von Hauswütten bald den Triß geben, den Herr Hoff vom Bauarbeiterverband des italienischen Arbeiters verabschiedet wollte, wenn sie wieder nach Deutschland kommen würden. (Siehe „Grundsein“ 1918.)

Achtung! Bauarbeiter aller Berufe.

Die der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und ihrer Methoden feindlich gestimmten Bauarbeiter aller Berufe haben in einer Konferenz am 30. Januar d. Js. beschlossen, für die Industriebranche Baugewerbe eine Zentralfstelle zu schaffen.

Von dieser Zentralfstelle aus sollen alle Maßnahmen geleitet werden, die notwendig sind, um die deutschen baugewerblichen Verbände wieder zu Klassenkampforganen des Proletariats zu machen. Desgleichen soll sie sein die Zentralfstelle zur Abwehr der organisationszerstörenden Maßnahmen der Verbandsvorstände wider die Kommunisten.

Die Zentralfstelle hat ihre Tätigkeit aufgenommen und erucht hiermit alle auf dem Boden der Roten Gewerkschaftsinternationale stehenden Genossen der Bauarbeiterverbände sich mit ihr in Verbindung zu setzen. Vor allem kommt es darauf an, den Offensivangriff der Gewerkschaftsbürokratie auf die führenden Mitglieder der Opposition und den sich mit diesen solidarisch erklärenden Genossen und Mitgliedschaften abzuwehren, sowie die begonnene Revolutionierung der Gewerkschaften fortzusetzen.

Alle Genossen sind verpflichtet, der Zentralfstelle das ihnen zur Verfügung stehende Material schnellstens zu übermitteln, damit die Beschlüsse der einzelnen Vereine und die Maßnahmen der Verbandsvorstände sofort der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden können. Nähere Anweisungen erfolgen an die Genossen durch Rundschreiben.

Reichsgewerkschaftszentrale der R.K.P.D.
Abteilung Industriebranche Baugewerbe.

Berlin E. 54, Rosenthalerstr. 38.

Kapitalistische Wirtschaft

Ein Sechstel der deutschen Kohlenförderung in Sinnes Gewalt.

Nach einer Aufstellung des „Industrie-Kourier“ beherrscht der Sinnes-Konzern 15,8 Prozent der gesamten Kohlenförderung und 13,1 Prozent der gesamten Kohlerzeugung in Rheinland-Westfalen. Der Ködner-Konzern förderte 1919 2,3 Millionen Tonnen Kohlen und produzierte 800 000 Tonnen Koks. Die Stumm-Gruppe verfügte 1919 über 1,3 Millionen Tonnen Kohlen und 360 000 Tonnen Koks. Die Konzerne der Thyssen, Haniel und Röchling folgen an Einfluß der Stumm-Gruppe auf dem Fuße. Alles in allem beherrschen die genannten sechs Konzerne weit über ein Drittel der gesamten deutschen Kohlenindustrie. Daß ihr politischer Einfluß entsprechend ist, beweist die leblich auf kapitalistische Interessen zugeschnittene Wirtschaftspolitik der deutschen Reichsregierung.

Aus der Provinz.

In Sonntag, den 13. Februar, hat der Agitationsbezirk Breslau eine Agitations-Bezirks-Konferenz einberufen; ebenso der Agitationsbezirk Waldenburg. Bei der Fülle der Arbeit und dem Mangel an Kräften, mit denen wir gerade an diesen Tagen zu rechnen haben, müssen beide Konferenzen unter allen Umständen aufgeschoben werden, soll nicht unsere Arbeit darunter leiden.

Beide Konferenzen finden also am 13. Februar nicht statt. Die Bezirksleitung wird die Termine für diese Konferenzen in Kürze bekanntgeben.

Breslau, 8. Februar 1921.
Bezirksverbandsleitung Schlesien.

Edersdorf, Kr. Neurode. Am Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, fand in Edersdorf im Gasthaus von Kluge eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der R.K.P.D. statt, in der Genosse Gruschwitz über: „Die politische Lage“ sprach. Unter lebhaftem Beifall schilderte er die elende Lage der Proletarier, die Rüstungen der Reaktion und die hilflose Regierung, die nur Noton missele und doch letzten Endes wieder zu Kreuze kriechen würde. Diese Empörung benutzte sich der Versammlung, als er schilderte, wie die Einigung des Proletariats gegen seine Feinde durch die Ablehnung der 10 Punkte durch die Sozialverräter aufs neue verhindert worden sei. Gegner meldeten sich nicht zum Wort und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die R.K.P.D. schloß die Versammlung, die bewies, daß auch den Arbeitern des Neuroder Kreiers die Augen aufgehen über den Betrug, den man mit ihnen getrieben hat.

Schlegel. Am Sonntag, den 6. Februar, vormittags 10 Uhr, fand in Schlegel im Gasthaus von Steiner eine öffentliche Volksversammlung der R.K.P.D. statt, die gut besucht war. Genosse Gruschwitz referierte über: „Die politische Lage und die Landtagswahlen.“ In der Diskussion sprach ein Redner der Rechtssozialisten, Herr Böhm, der sich sachlich, aber vergebens bemühte, die Ausführungen unseres Genossen zu entkräften. Als er sich dabei den Satz leistete, wenn die S.P.D. nicht die Kriegsschulden bewilligt hätte, Deutschland in ein schreckliches Elend geraten wäre, brach die Versammlung in Lachen aus. Ein aus der Schweiz zurückgekehrter Genosse sprach außerordentlich treffend und wies Herrn Böhm vollkommen zurück. Nach dem Schlußwort des Genossen Gruschwitz schloß die Versammlung mit lebhaftem Beifall.

(*) Del. Schillerabend des Volksbildungs-Ausschusses vom Gewerkschafts-Kartell. Um die Arbeiterklasse mit dem Wesen und Wirken des großen Meisters der deutschen Sprache, Friedrich Schiller, bekannt zu machen, veranstaltet der Bildungs-Ausschuß vom Kartell am kommenden Sonntag, den 12. d. Ms., in der Stadt-Festhalle einen Schillerabend. Die unvergänglichen Werke

Schillers, welche das vornehmste Recht des Menschen, das Recht auf Freiheit, immer wieder betonen, und aus denen ein für die damalige Zeit finsterner Absolutismus ziemlich revolutionäre Geister spritzten, sind leider bei den breitesten Volksschichten, deren Bildung nur auf der Volksschule des alten Regimes beruht, viel zu wenig bekannt. Um unsere Genossen für diesen unseren größten Volksdichter zu begeistern, hat der Bildungs-Ausschuß für diesen Abend in der Persönlichkeit des Professor Dr. E. Kühnemann von der Universität Breslau einen ganz hervorragenden Redner gewonnen. Die plastische Darstellungsart, sprachliche Vollendung und bildhafte Schönheit der Kühnemannschen Rede sind bekannt.

Wir empfehlen auch unseren Genossen den Besuch dieser Veranstaltung, wie der Veranstaltungen des V.A. überhaupt, einmal um des geistigen Gewinnes willen, zum anderen, um dem Anwurf unserer Gegner von der geistigen Trägheit des Proletariats und dem Vorwurf, nur für das materielle Interesse zu haben, zu begegnen. Etwaige Ueberschüsse der Abenddienste dienen dem löblichen Zweck, eine Gewerkschaftsbibliothek zu finanzieren und zu erweitern. Aus der Erkenntnis heraus: „Wissen ist Macht“ soll deshalb jeder Genosse diese Bestrebungen unterstützen und lieber auf Kino und Kassenfeste verzichten, gilt es doch Eure geistige Förderung!

Lokales.

Breslau, den 10. Februar 1921.

Zum Streik in der Herren- und Knabenkonfektion. Die „Volkswacht“, das Organ derer, die gern in Arbeitsgemeinschaft und Burgfrieden mit dem Kapital machen, schreibt in ihrer Nummer vom Montag, den 7. Februar: „Die Arbeitgeber, die in letzter Zeit riesig verdient haben, konnten durch nur wenig Entgegenkommen diesen Streik verhindern“. So sehen die Gewerkschaften in der Furcht aus. Die Arbeitgeber hätten nur ein kleines Almosen den Arbeitern bieten brauchen, nur ein paar Pfennige von dem, was die Arbeiter fordern und zu ihrer Existenz unbedingt verlangen müssen und man hätte sich nicht geübt, den Streik abzublauen.

Kollegen! So kämpft man nicht. Es muß euch gelingen, den begonnenen Kampf auf die breiteste Grundlage zu stellen, um die gestellten Forderungen als Mindestforderungen durchzusetzen.

Der Bürgererrat. Er hatte am Montagabend einen vollbesetzten Saal im Friedberg. Zutritt hatten nur Ausgewählte und solche, die ihre politische Stubezeitung nachweisen konnten. Den Ausschlag gab das „schöne“ Geschlecht. Man konnte da viel „Frauenpolitik“ hören; über die Schicksale der Dienstmädchen, die sich weigern, für Hungerlöhne den Streik der Herrschaften wegzunehmen, die die „Gnädige“ befehlen; über die Kommunalisierung der Frauen in Sonja-Rußland, über Zerrüttung der Familie durch den Sozialismus. Die „hohe“ Politik verflüchtete, als der Vorsitzende des Bürgererrates die Versammlung eröffnete. Mit viel Pathos und ungetrübtem Sachkenntnis entwickelte er die Notwendigkeit des Bürgererrates, seine Entstehung, in dem allgemeinen Niedergang durch die Revolution, seine Aufgaben und seine Ziele, und mit einer Verbeugung gegen Herrn v. Versner überließ er es ihm, über den Friedensvertrag von Versailles das zu sagen, was

der deutsche Bürger sich so gern sagen läßt. Herr v. Versner sprach mit gedrückter Stimme, ohne Begeisterung, ohne den gemachten Pathos des Vorstehenden. Der Ernst des Kampfes, den er als Repräsentant des zusammengebrochenen deutschen Imperialismus gegen den wußtahnenden und rachedürstigen der Entente führen mußte, lag in seinen Zügen, in seinen Worten. Und die Enttäuschung über die würdelose Versammlung, vor der er sprechen mußte. War er doch gezwungen, der Versammlung zuzurufen, daß das, was er hier ausführe, kein Grund zum Lachen sei. Mit einer Resolution, die die Revivierung des Versailles-Vertrages und die Ablehnung der Pariser Bestimmungen fordert, die den Willen des Breslauer Bürgererrates ausdrückte, auch die Folgen der Ablehnung auf sich zu nehmen, jäh die „impulsive“ Versammlung. Dann ging man nach Hause, oder in die Bars und Dielen und schwärmte sich die häßlichen Gedanken an die Not und das Elend bei Wein und Sekt hinunter.

Der Besuch des Breslauer Bürgererrates, die Breslauer in die nationale Einheitsfront einzugliedern, ist an dem Niveau der Versammlung täglich gescheitert.

Mitpreussischer Ton. Man schreibt uns: Auf der Abwicklungsstelle des früheren Generalkommandos wurde ich bei der Erledigung einer schon seit einem Jahre schwebenden Zahlungsforderung zunächst von dem Rechnungsrat Jendrusch im Unteroffiziersdienst empfangen. Der Herr sprach ganz wie in Wilhelm's Zeiten von „Fresse halten“ usw. Dann wurde ich zum Geheimrat Marschall abgehoben. Dieser hobte Herr versiegte sich sogar, aus dem Kaiserhoflexikon Worte wie „Schwein“ usw. herauszubringen. Die Herren fühlen sich schon wieder.

Die Oberpostdirektion teilt uns mit: Vom 10. Februar ab sind die Schalterdienststunden bei dem Postamt 4 (Schloßstraße) auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und 2^{1/2} Uhr mittags bis 6 Uhr nachmittags und bei dem Postamt 11 (Büttnerstraße) auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und 2 Uhr mittags bis 6 Uhr nachmittags erweitert worden.

Magistrats-Mitteilungen.

Durch Bekanntmachung im Anzeigenteil werden die März- und Aprilmarken der Winterkohlenarten zur Belieferung freigegeben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch die Stammlarte d. i. der nach Abtrennung der Marken verbleibende Teil der Kohlenart mit einer Sondermenge beliefert wird. Die Stammlarte ist daher gut aufzubewahren. Weiter verweisen wir auf die Bekanntmachung der Stadtverteilungsstelle im Anzeigenteil über Brotausgabestellen.

Versammlungskalender.

Achtung Genossenschaftskassierer! Sämtliche Genossenschaftskassierer haben bestimmt bis zum 10. Februar in der Geschäftsstelle des Sozialistischen Verlages abzurechnen. Sämtliche Marken sind bis zu diesem Termin wegen Nachprüfen des Bestandes abzuliefern. Zurückgehaltene Marken verlieren mit dem 10. Februar ihre Gültigkeit und müssen als verkauft angerechnet werden. Sämtliche Unterbezirksführer haben sofort an die Bezirksleitung in Breslau zu melden, wieviel Stimmzettel sie für ihren Unterbezirk brauchen. **Kriegsgruppe Breslau.** Mitgliederversammlung. Donnerstag, den 10. Februar. Referent: Genosse Klein. Lokal: Mehlgasse 11 (Sanskouck). **Kommunistische Jugend.** Schule Minoritenhof 1/3. Donnerstag, den 10. Februar, abends 7^{1/2} Uhr. Vortrag: Die kommunistische Jugend und die Mädel.

Neu-Balabrunn. Jeden Sonnabend Diskussionsabend. Sonntag, den 13. Februar, vorm. 8^{1/2} Uhr, Mitgliederversammlung im Finsterbrunn. Wahlarbeit kein Genosse darf fehlen. **Agitationsbezirk Siegnitz, Ortsgruppe Siegnitz.** Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Reichspräsidenten-Wandelehrer-Kursus. — Sonntag, den 13. Februar, früh 9^{1/2} Uhr, große Beamten- und Angestellten-Versammlung im Reichspräsidenten-Wandelehrer-Kursus. Referent: Genosse Gruschwitz, Breslau. Genossen, agitiert fleißig für zahlreichen Besuch. **Altwasser.** Jeden Donnerstag Diskussionsabend. **Ober-Grasendorf.** Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur guten Laune“.

Alle unsere Referenten und Ortsgruppen haben darauf zu achten, daß unsere Broschüren, Zeitschriften und „Schlechte Arbeiter-Zeitung“ in unseren öffentlichen Versammlungen verkauft werden. Ortsgruppen, die noch keine Broschüre haben, müssen sich umgehend an die Kommunistische Bucherei, Breslau 6, Gräbischer Straße 46, wenden. Ortsgruppen, die für die Tätigkeit in den Gewerkschaften noch Probenummern des „Gewerkschafters“ benötigen, können diese bei der Bucherei bestellen.

Die Distrikte haben sofort durch ihre Literatur-Oberteile die neue „Russische Korrespondenz“ Nr. 19/20 und „Die Kommunistin“ Nr. 2 abzuholen. Die Distrikte, die ihre Broschüre noch nicht abgeholt haben, müssen dies sofort nachholen.

Literarisches.

Material für die Arbeit in den Gewerkschaften.

Karl Lange Die Politik der Gewerkschaftsführer von 1914 bis 1919. Preis 40 Wfa.
Karlenburg. Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. Preis 2 Wfa.
Losowsky. Moskau oder Amsterdam. Preis 1,25 M.
Losowsky. Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften. Preis 1,25 M.
Losowsky. Der Internationale Rat des Fach- und Industrie-Verbandes (Moskau gegen Amsterdam). Preis 4 M.
Die Gewerkschaftsbewegung ist durch die sozialdemokratische Politik, durch die Arbeitsgemeinschaft in eine Sackgasse geraten. Alle Versuche, innerhalb des heutigen bankrotten Kapitalismus mit denselben Mitteln und Taktiken wie vor dem Weltkrieg den wirtschaftlichen Kampf des Ausgebeuteten mit dem Ausbeuter zu führen, enden mit einem Mißerfolg. Es gilt heute, die Gewerkschaften grundsätzlich zu dem Klassenkampforgan zu machen, das sie sein müssen, wenn man will, daß die soziale Revolution siegreich sein will. Damit jedem Proletarier klar wird, um was es sich handelt, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale kein Werk einzelner Männer, sondern eine elementare Notwendigkeit ist, empfehlen wir obige Broschüre. Besondere Beachtung verdient die letztgenannte Broschüre. Sie ist eine Polemik der Roten Gewerkschaftsinternationale gegen die Gelbe von Amsterdam. **Alle kommunistische Literatur besorgt die Kommunistische Bucherei Breslau 6, Gräbischer Straße 46.**
Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“
Annoncen-Expedition: Breslau 5, Dusemuplatz 7. Telefon: Ohle 1001
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Rebert, für Inserate: Liebshwager & Reper.
Druck: Buchdruckerei Büffel & Damgel, sämtlich in Breslau.

Leser unserer Zeitung kauft nur bei Simen, die in unserem Blatte inserieren.

Stadttheater. Donnerstag 7 Uhr: Orpheus in der Unterwelt. Freitag 7 Uhr: Carmen.
Jobe-Theater. Donnerstag 7^{1/2} Uhr: Gelpenherzfonate.
Chalis-Theater. Donnerstag 7^{1/2} Uhr: Jägerblut.
Schauspielhaus. Dusemuplatz 21. R. 2545. Täglich 7^{1/2} Uhr: Die kluge Major. Sonntag nachm. 8^{1/2} Uhr: Der ideale Bauer.

Lieblich-Theater
Täglich 7^{1/2} Uhr:
JllenebsLöwen
und das glänzende
Februar-Programm.

Ein Posten
Jacken-Reithosen
billig zu verkaufen
bei Handelsmann
Müller, Oberlangensielas,
Weigelsdorfer Straße 1.

HAARNISSE
Kopfschneiter — Braut — Kopf-Nisse
entfernt garantiert in 2 Stunden restlos
NISSKA D.R.G.M. Der Wunderkamm
705 295
Verlangen Sie kostenloses Anführungs-Buch
in Drogerien und einschlägigen Geschäften oder vom Allein-Hersteller
FR. B. MÜCKENHAUPT
NÜRNBERG B. 4.

Verordnung von Kohle, Rohs und Brauns auf Winterkohlenarten.

1. Für die Zeit vom 1. März bis 30. April 1921 werden geliefert:

an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte A je 3 St.	je 3 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte B je 2 St.	je 2 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte C je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte D je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte E je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte F je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte G je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte H je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte I je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte J je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte K je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte L je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte M je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte N je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte O je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte P je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte Q je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte R je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte S je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte T je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte U je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte V je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte W je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte X je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (15 u. 16) der Karte Y je 1 St.	je 1 St.
an die Hausbesitzer (17 u. 18) der Karte Z je 1 St.	je 1 St.

Die Marken können bereits vom 10. Februar 1921 ab beliefert werden. Die Belieferung der Marken 11, 12, 13 und 14 geht in jedem Falle vor.
II. Der Kohlenbesitzer muß die in den einzelnen Marken beifolgende Karte abzugeben mit der üblichen Übergang an das Büro für die Kohlenverteilung durchsetzen.
Die Marken 15, 16, 17 und 18 werden am 30. April 1921, die Marken 11, 12, 13 und 14, die bereits bekannt gemacht, am 28. Februar 1921 anständig.
III. Es muß der gesamte Teil der Kohlenkarte (Einkaufsliste) mit einer Unterschrift versehen werden, die sich nach dem 1. März 1921 in die Kohlenkarte aufbewahren.
Der Magistrat.

Reklame

G. m. b. H.

Annoncen-Expedition

Breslau

Museumplatz 7 * Telefon Ohle 1391.

Bekanntmachung.
Die Brauereibetriebe bei dem 16. Polizeirevier, Schillerstraße 6 und bei dem 5. Polizeirevier, Eisenbahn 3, werden am Freitag, den 2. Februar 1921 am Donnerstag, den 10. Februar, nach den Festhalten der Justizbehörde, Jägerstraße 5, 1. (Eingang Neue Westendstraße) versteigert.
An den Haupttag wird bei 10 Uhr bis 2 Uhr nach im öffentlichen Auktionsverfahren abgehalten.
Stadtverteilungsstelle.

Altimetalle
kauft
lakisch, Rennart 26.
Gehrock-Anzug
schwarz, gut geeignet,
kauft 500000,
Dusemuplatz 7.

Salz Tichauer & Co
Neue Langenstraße 25b
Kaufstraße 63
Friedr.-Wilhelm-Str. 12
am Hauptplatz
Leistungsfähige
Schuhwarenhäuser
am Platz.

Alt-Metalle
kauft Otto, Reiblerstr.
Konfirmanten-
Anzüge verkauft
Schubert, Markt 5.